

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der Tschechoslowakischen Republik.

Donnerstag, 25. November 1926.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:  
monatlich . . . . . Kr. 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährlich . . . . . 96.—  
ganzjährig . . . . . 192.—

Rückstellung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montag täglich (inkl.)

6. Jahrgang.

Nr. 275.

## Der Cyrill, Stimmvieh und anderes.

Seit Wochen beschäftigt die Eisler-Godza-  
Affäre die Öffentlichkeit. Empörung, Abscheu,  
Ekel und Widerwillen steigen in der Bevöl-  
kerung mit jedem Tage und mit jeder neuen  
Enttüllung in dieser trotz allem noch in Dun-  
kel getauchten Skandalaffäre. Eben wurde im  
Abgeordnetenhaus die Debatte über den Vor-  
anschlag zu Ende geführt, aber für sachliche  
oder allgemein politische Reden hatte weder  
im Hause noch draußen jemand Interesse, denn  
die immer höher steigenden Schmutzwagen des  
neuesten Skandals haben alles Interesse abfor-  
siert.

Die Regierung aber schweigt. Eines ihrer  
Mitglieder wird gar nicht mehr verblümt mit  
dieser Affäre in Verbindung gebracht, ja ge-  
radezu als ihr Hauptakteur bezeichnet. Aber die  
Regierung bleibt stumm und hält es weder für  
notwendig, den schweigsamen Minister  
zur Verantwortung zu ziehen, noch sich von  
dem sehr begründeten Verdacht, an der Ver-  
wischung der Spuren der Schuldigen arbeiten  
zuzusetzen.

Die Augen der Leser der Zeitungen wer-  
den täglich geblendet von den Reizsummen,  
um die das Spiel geht. Mit Millionen wird  
wie mit Geldern herumgeworfen. Hat schon  
jemand von den Verantwortlichen im Staate  
daran gedacht, welche Wirkung von solchen  
Skandalen auf die Bevölkerung ausstrahlen  
muß? Bürgerliche Minister, Politiker, Bi-  
schöfe und Priester scheinen verwickelt zu sein,  
sind es sicher auch — welche Vorstellungen  
müssen bei dem einfachen Volk draußen am  
Rande nicht nur über diese Kreise, sondern auch  
über die Regierung und den Staat entstehen,  
wenn er sieht, daß das kleinste Vergehen, Po-  
lizei, Staatsanwalt und Gericht in Bewegung  
setzt, daß aber, wenn es sich um Personen han-  
delt, die der Krone der Gesellschaft angehören,  
weder die Justiz, noch die Regierung in Auf-  
regung gerät.

Arme Arbeitslose irren, verzweifelt nach  
Beschäftigung suchend in den Straßen umher,  
Arbeiter und Angestellte, deren Verdienst so  
dürftig ist, daß er kaum zur Stillung des  
Hungers ihrer Familien ausreicht, was müs-  
sen alle diese von Not und Sorgen gequälten  
Menschen von den Großen und Mächtigen im  
Staate denken, die, wie er erfährt, die dunkel-  
sten Geschäfte machen, im Handumdrehen  
hunderttausende Kronen verdienen und sich  
sogar die Gesetzgebung dienstbar zu machen  
wissen?

Die Eisler-Godza-Affäre ist ja nicht die  
einzige, um die es geht. Ein tschechisch-sozial-  
demokratisches Blatt hat dieser Tage geschrie-  
ben: „Die Tschechoslowakische Republik ist ein  
verhältnismäßig kleiner Staat, aber an Affä-  
ren haben wir hier mehr als ein Hundertmillio-  
nen-Staat. Während wie eine schwere Wirt-  
schaftskrise durchleben, jagt eine häßliche Affäre  
die andere, die, wenn wir sie ins Ausland ex-  
portieren könnten, und wenn dort nach ihnen  
Nachfrage wäre, unsere Handelsbilanz mit  
einem großen Plus abschließen würden. Die  
Vollstaaten, wo doch niemals eine Not um  
Affären, Korruption oder Skandale war, er-  
bleichen vor Neid, denn es scheint, daß in die-  
ser Sache unsere kleine Republik das Primat  
übernehmen will.“ In kurzer Zeit verzeichnet  
der Chronist nicht weniger als fünf Affä-  
ren. Ihre Namen sind Godza, Stříbrný,  
„Korva“, Salda und Eisler-Godza, wofür letz-  
tere aber einen ganzen Mattenschwanz von  
Affären zum Inhalt hat.

Die Regierung aber schweigt. Der  
Schmutz steigt haushoch, doch die in allen ihren  
Moral- und Rechtsbegriffen erschütterte Bevöl-  
kerung ist auf das Käsekrumen angewiesen.  
Wer ist der Verfasser und wer der Urheber der  
Der Cyrill? Das ist heute noch ebenso unklar,  
wie am ersten Tage nach dem Bekanntwerden  
der Tatsache, daß eine Gesetzesbestimmung eigens  
zu dem Zwecke geschaffen wurde, um eine ein-  
zelne Person, allerdings um die eines auslän-

## Aufgedeckte Butschpläne der Deutschnationalen aus den Jahren 1923 bis 1925.

Fortsetzung der außenpolitischen Debatte im Reichstag.

Berlin, 24. November. (Eigenbericht.) In der gestrigen Sitzung des Reichstages hatte der Reichswehrminister Gessler behauptet, daß in der ihm überreichten Denkschrift des Hochmeisters des jungdeutschen Ordens, Marcan, nichts gestanden habe, was er nicht schon früher gewußt hätte. Marcan teilt nun der Presse den Inhalt der Denkschrift mit. Es geht daraus hervor, daß rechtsradikale Kreise in den Jahren 1923 bis 1925 Butschversuche vorbereitet haben. Ein General hätte 1923 Truppen gegen die Franzosen erworben. Zunächst hätten die Rheinbrücken und französische Munitionsvorräte in die Luft gesprengt werden sollen. Dann wollte man im Bunde mit Rußland Polen überfallen, um später mit Rußland gemeinsam Krieg gegen Frankreich zu führen. Die Denkschrift habe also nachgewiesen, daß nationale Kräfte und Organisationen zu landesgefährlichen außenpolitischen Abenteuern verwendet werden sollten.

In der heutigen Sitzung des Reichstages gab der Reichswehrminister zu, daß er von diesen Dingen gewußt habe. Der erwähnte General sei General von Watters, der geradezu wahnsinnige Pläne gehabt habe. Das Reichswehrministerium sei diesen Plänen sofort entgegengetreten. Watters wurde abgesetzt und wird seither überwacht. Die Reichswehr habe mit den betreffenden Organisationen nicht das mindeste zu tun gehabt.

Somit wurde im Reichstag die außenpolitische Debatte weitergeführt. Sie erreichte ihren Höhepunkt mit einer ungemein eindrucksvollen Rede des Sozialdemokraten Hermann Müller. Er stellte fest, daß eine deutsche Außenpolitik, deren Ziel die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich und damit die Befriedung Europas ist, von der deutschen Sozialdemokratie und der sozialistischen Internationale seit Jahren gefordert und vorbereitet worden sei. Der Redner erwartet, daß die interalliierte Militärkontrolle bald der allgemeinen Abrüstung Platz machen und die Besetzung des Rheinlandes aufgehoben werde, womit der Weg zu einer dauernden Ausöhnung der Völker Europas frei sein wird. Genosse Müller verlangte vom Reichswehrminister, gegen jede Verbindung der Reichswehr mit den Wehrverbänden aufs schärfste vorzugehen und versprach dem Reichstag diesbezüglich bald reichhaltiges Material anzugehen zu lassen.

Dann hielt der ehemalige Reichskanzler Dr. Brüning für das Zentrum eine große Rede, in der er sich mit Nachdruck für die Sicherung der republikanischen Verfassung Deutschlands und die Verständigung der Völker einsetzte.

Der Deutschnationale von Freytag-Loringhoven folgte der Regierung die Opposition wegen deren Außenpolitik an.

## Ein Sprachentoni in der französischen Kammer.

Paris, 24. November. (Sch. P. B.) Die Kammer verhandelte heute das Budget von Clah-Bohringen. Der kommunistische Abgeordnete Hueber wollte im klassischen Dialekt eine Rede halten, doch entzog ihm der Kammervorsitzende das Wort mit dem Hinweis darauf, daß die Geschäftsordnung der französischen Kammer nur die französische Sprache zulasse. Es kam zu einem lebhaften Zwischenfall und zu einem Zusammenstoß zwischen den Kommunisten und Ministerpräsidenten Poincaré. Der sozialistische Deputierte Beill macht darauf aufmerksam, daß der Deputierte Hueber die französische Sprache nicht beherrscht und bereits in früheren Jahren in der Kammer in seinem Heimatdialekt ge-

sprochen habe. Er fordert daher, daß dem Depu-  
tierten Hueber das Wort erteilt werde. Der Vor-  
sitzende läßt über den Antrag, Hueber möge das  
Wort nur unter der Bedingung erteilt werden,  
daß er französisch spreche, abstimmen. Der Antrag  
wurde angenommen.

Rechtsmittels überreichten die sozialistischen  
Deputierten Peirotes und Weill einen Resolu-  
tionsantrag, der eine Aenderung der Ge-  
schäftsordnung der Kammer durch  
Anfügung eines Sonderantrages fordert, dem-  
zufolge einem Redner das Wort aus dem Grunde  
nicht entzogen werden dürfe, daß dieser in der  
klassisch-französischen Mundart sprechen wolle,  
unter der ausdrücklichen Bedingung, daß dieser  
Redner vorher dem Präsidium der Kammer eine  
Uebersetzung seiner Rede vorlege.

bischen „lawischen“ Bringen, in den alleinigen  
Besitz einer ungeheuren Millionenerbschaft  
zu setzen. Die Vertreter zweier Ministerien be-  
schuldigen sich gegenseitig der Vaterlosigkeit an  
der Der Cyrill, doch das einzige, zu dem die  
hinter den Kulissen stehenden Drahtzieher sich  
aufschwingen, ist, daß sie versuchen, den amtlichen  
Bericht über diese Verschuldigungen durch  
Hinweglassung der betreffenden Stellen zu fäl-  
schen.

In der Regierungsmehrheit befinden sich  
auch die Deutschbürgerlichen. Ehe  
ihre Erwählten die Gunst genossen, sich an  
den weichgepolsterten Ministerkanzeln nieder-  
lassen, zu dürfen, traten sie, jeder ein Cato  
in Wort und Schrift eifrig für die Reinheit  
des öffentlichen Lebens ein. Alle früheren  
Skandalgeschichten fanden an ihnen unerhitt-  
liche Richter. Einer von ihnen, der aristokratische  
Senator Vater Frischer sagte noch kürz-  
lich in einer Versammlung: „Was macht es  
schon aus, wenn die Leute wegen des höchsten  
Lebensmittels ein Stückchen Fleisch weni-  
ger essen werden, wenn nur im Senate Or-  
dnung herrscht!“ Diese „Ordnung“ wirkt sich  
soeben in den unter Mitwirkung der Deutschbür-  
gerlichen betriebenen Verurteilungsbemühungen  
aus. Die deutschen Sozialdemokraten hatten  
verlangt, der Ministerpräsident möge im Ab-  
geordnetenhaus über den Godziskandal Auf-  
klärung geben. Aber Herr Svehla will nicht  
reden, denn hervorragende Mitglieder seiner  
Partei sind in die Sache verstrickt. Was über-  
taten die Deutschbürgerlichen? Stiefler befohl

und das Stimmvieh gehorchte. Die deutschen  
Streiter — an ihrem Weien soll die Welt ge-  
neesen — parierten wie stumme Hunde und sie  
helfen den Antrag niederstimmen. Zuerst hol-  
ten sie nach Art der allnationalen Koalition  
die parlamentarische Demokratie schänden, nun  
betätigen sie sich auch als Väter der Korruption.  
Die Haberlumpen brauchen keine Beein-  
trächtigung ihres Gewerbes zu fürchten, fest  
steht und treu . . .

Man kann sich trotz aller Abhängigkeit, die  
man in diesem Staate der affärenreichen Ge-  
schichte der letzten Jahre zu danken hat, vor  
Staunen nicht fassen, wie hier die Schande  
am hellen Tage bloß zu gehen magt. Bewun-  
dern muß man die diese Elephantenhaut der  
regierenden Herren, an der alle Vorstellungen,  
daß es doch um Ehre und Ansehen des Staa-  
tes geht, wie Erbsen von der Wand abprallen.  
Höchste Verblüffung aber ruft das Verhalten der  
deutschen Regierungsparteien hervor, die je-  
den Ehrgeiz abgelegt haben, nur den einen  
nicht: das brave Stimmvieh ihrer Herdentrei-  
ber zu sein.

Es ist deutlich sichtbar, worauf das wo-  
denlange Schweigen der Regierung hinaus-  
läuft. Man hofft, die Bevölkerung werde end-  
lich müde werden und sie werde aufhören, nach  
den Schuldigen zu fragen. Es ist die Ermat-  
tungsstrategie, die anzuwenden gesucht wird,  
um auch diesen Skandal im Sande verlaufen  
zu lassen. Nun, leicht soll dies den Herren nicht  
gemacht werden! Darauf können sie Gift  
nehmen!

## Spezialdebatte im Abgeordnetenhaus. Uebergang zur kulturell-sozialen Budgetgruppe.

Das Abgeordnetenhaus führte gestern die  
Spezialdebatte über die politischen Kapitel des  
Staatsbudgets zu Ende und ging in den  
Abendstunden in die Beratung der kulturell-so-  
zialen Gruppe ein.

Als erster Redner sprach Gerál (sch. Soz.-  
Dem.), der gegen die Zinsfußpolitik des Bank-  
amtes polemisiert und auf die unerträgliche Zin-  
senpannung hinweist, die meist ganze 6 Prozent  
beträgt. Redner verlangt, daß die Banken wenig-  
stens den Zinsfuß im selben Ausmaß wie die  
Nationalbank herabzusetzen gezwungen werden.

Milávec (sch. Volksp.) spricht seine Be-  
friedigung darüber aus, daß die Deutschen für die  
aktive Mitarbeit gewonnen wurden, und konstatiert,  
daß sie bedingungslos in die Regierung  
eingetreten sind. Er ist ihnen, sich vor dem  
Geist der preiswürdigen Unverträglichkeit, des Haf-  
ses und der Kriegsbegeisterung zu hüten. Wei-  
ters protestiert er dagegen, daß nicht wenigstens  
die Mitglieder des Wehrausschusses über die  
Gajda-Affäre informiert wurden, prüft die Kom-  
munisten scharf an, wobei es wiederholt zu schar-  
fen Zusammenstößen kommt, und fordert schließ-  
lich, daß die Beziehungen zum Heiligen Stuhl  
wieder aufgenommen werden.

Der Slovake Iso erklärt, es sei nicht Schuld  
seiner Partei, daß ihre Bereitwilligkeit, zur In-  
staurierung des neuen Regimes beizutragen, nicht  
angemessen verstanden wurde. Bei den Ver-  
handlungen habe sich die Partei große Zeitschö-  
nung aufwendet und auf Verordnungsrecht nur  
minimales Gewicht gelegt. Das Autonomie-  
programm könne für nicht gegen persönliche In-  
teressen preisgeben; es bedeute aber keineswegs  
die Loslösung der Slovakei von der Republik.  
Auch die positive Stellung zum Väter sei durch  
das autonomistische Programm der Partei ge-  
geben. Weiters sucht er die Partei vor der Auto-  
nomie zu beiraten und plädiert für eine Len-  
derung des Ganzen in dem Sinne, daß die  
Rechtsgewalt der Gajda zu erweitern sei.

Nach dem Kommunisten Wana, der sich mit  
der Verfolgung der Kommunisten durch die Bo-  
hemi und mit den verschiedenen Spionage-Af-  
fären befaßt, kommt Genosse Deeper zu Wort,  
dessen Ausführungen wir an anderer Stelle wie-  
dergeben.

Stavit (sch. Agr.) befaßt sich mit den Spar-  
maßnahmen in der Staatsverwaltung und prüft  
sich gegen die politische Organisati-  
on der Staatsbeamten aus. Bei der  
Bodenverteilung sollen zuerst die lokalen Bewer-  
ber befriedigt werden, ob das nun Deutsche oder  
Ungarn seien. Zum Schluß erklärt er es für  
notwendig, die Erledigung der Gajda- und der  
Eisler-Godza durch die unabhängigen Gerichte ab-  
zuwarten.

Der Kommunist Harns beschäftigt sich mit  
dem Verteidigungsministerium und zieht die ent-  
sprechenden Vergleiche mit dem Budget Sowjet-  
rußlands.

Milávec (sch. Volksp.) befaßt sich mit dem  
Gerichtswesen in der Slovakei und verlangt die  
Einsetzung eines slowakischen Landesauschusses.  
Der weitere Teil seiner Rede in slowakischer  
Sprache und Finanzfragen gewidmet.

Sodann spricht Genosse Kof, dessen Rede wir  
gleichfalls an anderer Stelle bringen. Er wird  
nachträglich vom Vorsitzenden wegen seiner schar-  
fen Ausdrücke über Rußland zur Ordnung  
gerufen.

Damit ist die Rednerliste zur ersten Budget-  
gruppe erschöpft und das Haus geht in die

Beratung der kulturell-sozialen Kapitel  
des Budgets über.

Langr (sch. Nat.-Soz.) befaßt sich mit den  
bürgerlichen Angriffen auf die Sozialversicherung  
und erklärt, die Bürgerlichen seien heute nicht  
nach der Verbesserung des Gesetzes, um dessen  
Mängel zu beheben, sondern um es grundlegend  
zu verschlechtern. Dann wendet er sich der Kriegs-  
beschädigtenfrage zu, wobei er die Inanspruch-  
nahme der Invaliden fordert, und verlangt  
endlich die Verbesserung des Genter Systems, da  
der Staatsbeitrag in Kriegzeiten völlig ungenü-  
gend sei und auch die Anzahlung auf einen lan-  
geren Zeitraum als drei Monate vermindert wer-  
den müsse.

Lufavský (Nat.-Dem.) befaßt sich haupt-  
sächlich mit Schulfragen und geht namentlich auf  
die Mindererschulen ein, deren Ausbau er  
verlangt. Godza habe den Deutschen im Budget-  
ausschuß durch die angekündigte Schulautonomie



# Senat.

Prag, 24. November.

Die heutige Sitzung des Senates dauerte nur wenig über zwei Stunden. Den Gegenstand der Beratungen bildeten einige kleinere Gesetzentwürfe und Auslieferungsbegehren wegen einiger Senatoren. Das meiste Interesse fand der dem Hause vorgelegte provisorische Handelsvertrag mit Ungarn, wobei Genosse Rehyl die für unsere Volkswirtschaft im allgemeinen und die Arbeiterschaft im besonderen schädlichen Auswirkungen der agrarischen Zollpolitik darlegte, die den Abschluß eines endgültigen Vertrages mit Ungarn erschweren.

### Rochstehend der kurze Sitzungsbericht:

Zunächst wurde die Debatte über den Gesetzentwurf zum Schutze der Urheberrechte an Werken der Literatur, Kunst und bildenden Künste fortgesetzt. Dazu sprechen die Senatoren Dyl (Nat. Dem.) und Pohl (Soz., Nat. Soz.), worauf das Gesetz in erster und zweiter Lesung angenommen wird. Sodann gelangt der Bericht des Vermittlungsausschusses zur Beratung, womit die Gültigkeit des Gesetzes vom 2. Juli 1924 (S. u. B. Nr. 164 betreffend das zivilrechtliche Verfahren, verlängert wird. Nach der Rede des Berichterstatters, wird der Entwurf genehmigt. Dasselbe ist der Fall bei dem Gesetzentwurf über die Beiträge zum Fonds der Proger Börse und dem Entwurf über die Rechte der Staatsämter in Firmenangelegenheiten.

Darauf wird in die Beratung des mit Ungarn abgeschlossenen (vorläufigen) Weisbegünstigungsvertrages eingegangen, worüber die Senatoren Dr. Stodola und Miller (Agr.) referieren.

In der Debatte spricht als einziger Redner Genosse Senator Rehyl, dessen Rede wir morgen im Auszuge bringen werden.

Beim Schlußwort des Berichterstatters Dr. Stodola, der ganz in agrarischem Sinne redet, kommt es zu lebhaften Zwischenrufen unserer Genossen, die darauf hinweisen, welche schädliche Wirkungen die im Sommer eingeführten Agrarzölle für die handelspolitischen Beziehungen der Tschechoslowakei zu Ungarn und damit für die Beschäftigung unserer Industrie haben. Der Vortrag wird sodann angenommen.

Ohne Debatte wird hierauf das provisorische Handelsabkommen mit der Türkei genehmigt.

Den Schluß der Verhandlungen bilden die Immunitätsangelegenheiten.

## Immunitätsauschuß.

### Die Klage gegen Kreibich mit 10:9 Stimmen beschlossen.

Prag, 24. November. Abends fand nach der Ausscheidung noch eine Sitzung des Immunitätsauschusses des Abgeordnetenhauses statt, die sich mit dem Antrag des Ministers Hodza auf Erteilung einer Klage an den Abgeordneten Kreibich wegen seiner Angriffe auf Hodza zu beschäftigen hatte. Gleichzeitig wurde auch ein ähnlicher Antrag Glinskos, Kreibich wegen seiner Äußerungen über die slowakische Volkspartei gleichfalls eine Klage zu erteilen, in Verhandlung gezogen.

Genosse Pohl beantragte zunächst, daß an Stelle des vom Vorsitzenden bestimmten Referenten Dr. Galia, der ein Klubkollege des Ministers Hodza ist, der tschechische Nationalsozialist Nield als Referent bestimmt werde; dieser Antrag wurde aber mit neun gegen acht Stimmen abgelehnt. Darauf beantragte der Kommunist Bolek die Vertagung, die mit zehn gegen neun Stimmen abgelehnt wurde. Sodann wurde ein gemeinsamer Antrag Roudelka-Rafiz, Pohl-Nield eingebracht, der verlangt, daß die Erledigung der Angelegenheit solange vertagt werde, bis der Antrag auf parlamentarische Untersuchung der ganzen Coburg-Affäre vom Hause erledigt und die Untersuchung durch den parlamentarischen Untersuchungsausschuß abgeschlossen ist; der Immunitätsauschuß habe nicht die Möglichkeit, die Beschuldigungen meritorisch zu prüfen, und müsse daher das Ergebnis der Untersuchung abwarten. Aber auch dieser durchaus sachlich begründete Antrag fand nicht die Zustimmung der Koalitionsmänner, die ihn wieder mit zehn gegen neun Stimmen ablehnten.

Zuletzt beantragte Nield die Vertagung bis morgen früh, um Kreibich und Hodza vorladen zu können, was ebenfalls abgelehnt wird. Die Mehrheit von einer Stimme kam nur dadurch zustande, daß auch der Vorsitzende auf Seiten der Koalition mitsprach.

Sodann beschloß die Mehrheit mit demselben Stimmverhältnis, dem Abgeordneten Kreibich wegen seiner Äußerungen über Hodza und gleichzeitig wegen seiner Äußerungen über die slowakische Volkspartei eine Klage zu erteilen.

Kamenlich die Klage wegen der Stodolens ist ein offenkundiger Geschäftsordnungsbruch, da nach § 51 der Geschäftsordnung ein Verweis nur dann erteilt werden kann, wenn ein anderer Abgeordneter oder Minister beleidigt wurde, während Kreibich von Gliska wegen seiner Äußerungen über die slowakische Volkspartei, nicht aber über einzelne Abgeordnete desselben belangt wurde.

Die Angelegenheit soll bereits morgen im Plenum zur Abstimmung gelangen.

# Reptilienfonds und Reptilienpresse.

## Genosse Kaufmann über das Budget des Ministerpräsidentiums.

Prag, 24. November. In der gestrigen Parlamentsitzung beschäftigte sich Genosse Kaufmann vorwiegend mit den verschiedenen Fonds des Ministerpräsidentiums und führte u. a. aus:

Das Haus bietet heute so wie in den vergangenen Jahren bei der Budgetberatung dasselbe Bild, es scheint nun von Jahr zu Jahr die Gleichgültigkeit größer geworden zu sein, mit der man den wichtigsten Akt, den das Parlament jedes Jahr zu erledigen hat, besiegt. Und doch hat sich einiges geändert. Es sitzen auf der Ministerbank nun auch zwei deutsche Minister: trotz alledem haben wir bei den Verhandlungen im Budgetausschuß feststellen können, daß sich die Staats- und Ministerinteressen nicht geändert haben, daß die bürgerlichen Parteien nach wie vor die Machtinteressen ihrer Parteigruppen den Volksinteressen und den Interessen der Staatsbürger voranstellen.

In die detaillierte Besprechung der zur Verhandlung stehenden Budgetkapitel übergehend, stellt Genosse Kaufmann zunächst fest, daß eine wichtige Einrichtung des Parlamentes, und zwar die Bibliothek, außerordentlich kümmerlich behandelt wird. Aus diesem Grunde haben wir den Antrag gestellt, daß diese Post von 200.000 Kronen auf 500.000 Kronen erhöht werden soll. Wir täuschen daran aber auch die Forderung, daß deutsche Bücher, deutsche Besuche in unserer Bibliothek in größerem Ausmaß angekauft werden sollen als bisher. Eine Bedeutung für diesen Mehraufwand glauben wir in dem Titel

### Parlamentarische

zu finden. Die Parlamentarische ist bisher wohl noch nicht das gewesen, als was man sie ausgab, eine Einrichtung zum Schutze des Parlamentes, sondern wir haben wiederholt feststellen können, daß die Parlamentarische vom Präsidentium als Hausknecht verwendet wurde, um oppositionelle Abgeordnete ganz einfach an die Luft zu setzen. Wenn wir uns die letzten Stunden der früheren Session in Erinnerung zurückrufen, wird wohl jeder Parlamentarier zustimmen, wenn wir verlangen, daß die Post Parlamentarische überhaupt gestrichen werden möge.

Ein anderer Abschnitt dieses Kapitels, die Ergänzung und Erhaltung des Inventars und der Einrichtungen des Hauses, wofür der Betrag von 820.000 Kronen eingesetzt worden ist, bedarf wohl einiger Aufklärungen über die großen Kosten für die Adaptierungen im Klugegebäude und im Hauptgebäude.

Wir haben weiter an das Präsidentium des Hauses eine Frage zu stellen, die sich mit der Reise einer Reihe von Abgeordneten, nach Jugoslawien

beschäftigt. Es hat wohl geschrieben, daß diese Reise die Erwiderung auf einen gleichzeitigen Besuchs der jugoslawischen Abgeordneten darstelle. Da aber die Abgeordneten sich förmlich auf dieser Reise als tschechoslowakisches Parlament konstituiert haben,

müssen wir fragen, mit welchem Rechte und in welchem Auftrage diese Abgeordneten nach Jugoslawien reisten, wie hoch die Kosten für die Reise sind und wer sie trägt.

Einer besonders kritischen Prüfung bedarf das Kapitel

### Ministerratspräsidentium.

Hier können wir eine ganze Reihe summarischer Ausgabeposten feststellen, über die jede detaillierte Angabe fehlt. Trotz wiederholter Versprechungen hat man über die wichtige Frage der Verwaltungsreform nicht berichtet, obwohl auch im Abhangeseh vorgesehene ist, daß bis zum 31. Dezember 1925 die beabsichtigte Reform dem Parlament vorgelegt werden soll.

In einem ordentlich geleiteten Staatswesen müßte

erst die Verwaltungsreform und dann die Steuerreform folgen. Bei uns ist es umgekehrt.

Einzig ist ferner die Post: Aufwand in Verbindung mit der Durchführung des Gesetzes über die Sparmaßnahmen in der öffentlichen Verwaltung.

Wir finden hier, daß die Sparmaßnahmen wieder den ganz nennenswerten Betrag von 400.000 Kronen kosten. Wir haben aber bis heute nicht erfahren können, was durch die Ersparungsmaßnahmen wirklich erspart wurde.

Das kümmerlichste Kapitel dieses Abschnittes, das am meisten der gründlichen Überprüfung bedarf, sind wohl die Posten, die sich mit dem Aufwand für Publikationen, für Propaganda und für den Informationsdienst beschäftigen.

Wir finden als Aufwand für Publikationen den Betrag von 4 Millionen Kronen verzeichnet, als Aufwand für Druckschriften und statistische Zwecke 870.000 Kronen, für andere Ausgaben ohne Angabe des Zweckes 200.000 Kronen, für Druck und Bilderelemente 400.000 Kronen, für Subventionen, wiederum ohne nähere Angabe 400.000 Kronen. Insgesamt ergibt sich ein Betrag von 8 Millionen Kronen, die unter dem Titel

Dispositionsfonds verausgabt werden. Alle diese Beträge sind ohne Angabe für wen, für welchen Zweck, oder für welchen dem Staat geleisteten Dienst verausgabt.

Diese ungeheuer großen Posten, die wir für Propagandazwecke finden, sind nach unserer Meinung ganz zwecklos und könnten ganz gut gestrichen werden.

Denn es ist heute wohl allen klar, daß die Propaganda, die durch eine von der Regierung bezahlte Tagespresse im Auslande betrieben wird, unnützig ist, da im Auslande heute jeder weiß, wie es in der Tschechoslowakei aussieht. Es ist unnützig, dem Auslande auf diesem Wege Potentiusche Dörfer vorzuführen zu wollen.

Es wurde im Budgetausschuß bereits darüber gesprochen, welche Beträge der

### „Proger Presse“

angewendet werden. Sie hat mit einem Fassungsvermögen von rund 5 Millionen gearbeitet, und dieses Fassungsvermögen ist aus dem Reptilienfonds gedeckt worden. Bei solchen Zuwendungen ist es verständlich und begreiflich, daß diese Zeitungsunternehmungen, wie die Proger Presse, die Zaarer Wolf-Blätter und ähnliche Organe insstande sind, zu einem Spottpreis ihre Erzeugnisse an die Leser abzugeben und Tausende und Abertausende von Exemplaren unentgeltlich an die Bevölkerung hinauszuerwerfen.

So lauft sich die Regierung eine teure Presse, um die Öffentlichkeit, vor allem die des Auslandes, zu täuschen und über die wirklichen Verhältnisse in diesem Staate irrezuführen.

Wir müssen auch feststellen, daß wiederholt durch diese Presse verläßt wurde, politisch unangenehme Menschen abzumurmeln und sie politisch unmöglich zu machen. Es ist skandalös, daß oft wichtige Vorlagen früher dieser Presse übermittlelt werden, bevor sie die Regierung dem Hause vorlegt, daß diese Presse über wichtige Vorträge und Absichten der Regierung früher informiert ist, als die Parlamentarier und das Parlament, alles zu dem Zweck, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen, so oft auch, um das Parlament vor eine gewisse Zwangslage zu stellen. Gegen diese Antimitäten zwischen Regierung und dieser Presse müssen wir schärfste Verwahrung einlegen. Wir sind neugierig, ob die deutschen Parteien in der Regierung auch für die Anwendung an diesen Reptilienfonds stimmen werden.

Genosse Kaufmann bespricht sodann den überflüssigen Aufwand für „Besuche fremder Gäste“, für das Ministerium für die Slowakei und wendet sich dann dem

### Statistischen Staatsamt

zu. Hier wäre nur zu wünschen, daß das statistische Amt vor allem bei der Volkszählung etwas objektiver vorgehe und sein Arbeitsgebiet etwas erweiterere.

Vor allem wäre eine genaue und gründliche Lohnstatistik, sowie eine Statistik über die Arbeitsleistungen notwendig.

weil sie uns ein wichtiges Material geben würden, um manche Lüge, die seitens unserer Unternehmer bei Lohnverhandlungen und Lohnkämpfen der Öffentlichkeit mitgeteilt wird, widerlegen zu können.

Wenn wir den Gesamtaufwand des Ministerpräsidentiums feststellen, ergibt sich trotz der Parole des Sparens ein um 4 Millionen gesteigerter Aufwand.

Deutschösterreich legt z. B. für das Kapitel Bundeskanzler ungefähr die Hälfte dessen, was unser Ministerpräsidentium benötigt. In Deutschland ist die betreffende Ziffer noch niedriger.

Ein Viertel des Gesamtaufwandes des Ministerpräsidentiums wird für den Reptilienfonds verwendet, für Auslandspropaganda, für Informationsdienst, Befehungsgelder und so weiter. In Anbetracht dieser Posten können wir für dieses Budget nicht stimmen. Wir haben eine ganze Reihe von Abänderungsanträgen auch für dieses Kapitel eingebracht und bitten das hohe Haus, diesen Änderungen zuzustimmen. (Beifall.)

Die „Tribuna“ in andere Hände übergegangen. In der Generalversammlung der mittelböhmischen Druckerei, die das Tagblatt „Tribuna“ herausgibt, wurde ein neuer Verwaltungsrat gewählt, in welchem, wie wir den „Slovoh Rodina“ entnehmen, die Mehrheit die Vertreter der Agrarpartei und der Stodawerke, die in letzter Zeit die „Tribuna“ finanzierten, besitzen. Vorsitzender des Verwaltungsrates dürfte der Chefredakteur des „Slovoh“, Senator Brany werden. Beachtenswert ist, daß diese Druckerei nunmehr neben dem „Rovoh Rodina“, der dort bereits erscheint, auch Dr. Korilus Wochenchrift „Slovoh“ und das neue Sportblatt des Abgeordneten Stibran herausgeben werden. Die Verbindung: tschechische Agrarpartei, Stodawerke und Faschisten ist immerhin bemerkenswert.

# Zur höheren Ehre Mussolinis.

## Zwangswohnsitz und Folter für Antifaschisten. — Terror gegen freie Hochschullehrer. — Idealzustände für Sakenkrenzer!

Der „Arbeiter-Zeitung“ wird aus Lugano gemeldet:

Das italienische Innenministerium läßt jetzt zahlreiche Antifaschisten verhaften, um sie in Zwangswohnsitz zu verschicken und dort unter Polizeiaufsicht zu stellen. Als Orte dieser Verbannung sind Tremiti, dann Ustica und Pantelleria bestimmt, die früher als Deportationsplätze für Schwerverbrecher gedient haben. In Mailand ist ein Teil der Verhafteten nach fünfzehn oder achtzehn Tagen Kerkerhaft freigelassen worden. Unter den zuletzt freigelassenen ist Genosse Fiori, der Organisator der italienischen Metallarbeiter. Der Genosse Rechtsanwalt Rosiggi, dem es gelungen war, seiner Verhaftung zu entgehen, muß es erleben, daß die Polizei seine Frau mit einem Säugling von sechs Monaten in das Gefängnis gesteckt hat, um sie zu zwingen, den Aufenthalt ihres Mannes anzugehen. Die Mailänder Polizei hat eine Anzahl Verhafteter, um von ihnen Aufklärungen zu erpressen, der Antifaschisten-Gruppe Sciala überliefert. Dort werden ihnen die Hände in Klopferpressen gezwängt, die sie schändlich machen. Einigen von ihnen sind dabei die Hände gebrochen worden.

Ein amtlicher Bericht hat die in einer Universitätsvorkommene Zwischenfälle zugegeben, ohne nähere Einzelheiten zu bringen. Es handelt sich um die Universität Neapel, wo die schwersten Ausschreitungen gegen Professoren vorgekommen sind, die man für Freimaurer oder Antifaschisten hält. Die Gelehrten wurden von den Faschisten geohrfeigt und mit Faustschlägen die Treppen herabgeschleudert. Ähnliches ist in anderen Universitäten geschehen. Besonders richtet sich die Wut gegen die Professoren, die das Manifest für den Philosophen Benedetto Croce und den Historiker Salvemini unterzeichnet haben. Allerdings haben 150 Professoren das Manifest für Croce unterschrieben, und man wird schwerlich sie alle auf das Pflaster werfen können. An der Handelshochschule Bocconi in Mailand haben die fascistischen Studenten den Professor Capiani, einen Volkswirtschaftler von internationalem Ruf, während eines Examsens mit beleidigenden Zusätzen überschüttet und ihn aufgefordert, die Universität für immer zu verlassen. Als er abends in sein Hotel zurückkehrte, erhielt er einen geheimnisvollen telefonischen Anruf mit dem Rat, sich sofort zu entfernen, wenn ihm sein Leben lieb sei. Er flüchtete. Kurze Zeit darauf erlitten die fascistische Bande im Hotel: sie war über seine Flucht sehr enttäuscht. Der Rektor dieser Hochschule hat zum Protest sein Amt niedergelegt. Die Studenten haben weiter den Ausschluß von sieben Professoren beschlossen.

So sind an der hervorragenden Handelshochschule Italiens heute sämtliche Lehrstühle frei, so daß man gezwungen ist, Ferien zu halten. Diese neue revolutionäre Politik ist in ganz Italien den Beginn zahlreicher Disziplinerverfahren und Entlassungen gebracht, insbesondere in den Verwaltungen der Eisenbahnen, der Post und der Telegraphen.

## Mexiko und die Vereinigten Staaten.

Die Vereinigten Staaten als Schutzmacht kapitalistischer Interessen.

Washington, 24. November. (Reuter). Aus dem Korrespondenzwechsel zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko in Angelegenheit des neuen mexikanischen Gesetzes über das Grundeigentum geht hervor, daß Staatssekretär Kellogg in der letzten Note der Vereinigten Staaten vom 20. Oktober erneut darauf aufmerksam gemacht hat, daß die Anerkennung der mexikanischen Regierung an die Bedingungen der Einbindung der Vereinigten Staaten im Jahre 1923 gegebenen Versicherungen geknüpft war und daß, wie Kellogg schreibt, „durch das Beharren Mexikos auf seinem Standpunkte das Verhältnis zwischen den beiden Staaten sich unangenehmlich zu einem höchst kritischen gestalten würde“. Staatssekretär Kellogg fügt hinzu, daß die Vereinigten Staaten damit rechnen, daß die mexikanische Regierung die vertraglich erworbenen Eigentumsrechte voll respektieren wird. In der kurzen mexikanischen Antwortnote vom 17. November wird um die Ausführung eines konkreten Falles ersucht, und der Ansicht entgegengetreten, daß „durch irgend welchen Vorfall die Unstimmigkeiten zwischen den beiden Staaten beseitigt werden“. Wie verlautet, wird der Posthaster der Vereinigten Staaten, welcher sich gegen den Weg nach Mexiko befindet, abberufen werden.

## Regierungskrise in Finnland.

Helsingfors, 24. November. Die Regierung erlitt bei der gestrigen Abstimmung im Reichstag über eine Interpellation betreffend die Frage von Aufschaffungen für die Armeen, über die sie Übergang zur Tagesordnung beantragt hatte, eine Niederlage. Es wird erwartet, daß die Regierung heute zurücktritt.

## Der Kampf der englischen Bergarbeiter.

Berhandlungsabbruch in Südwales.

London, 24. November. (Sch. P. B.) Die Verhandlungen zwischen den Grubenbesitzern und Bergarbeitern im Bezirk von Südwales sind abgebrochen worden.





Der gewalttätige Faschistensekretär ist mit dem Strafmass unzufrieden!

Herr Jaromir Bobuda, seines Zeichens Sekretär der Prager Faschisten, ist ein netter, lebenswürdiger Mensch. In einer Versammlung auf der Sophieninsel hatte er einen Beamten als höchstlichen Sozialdemokraten angegriffen und die Menge aufgefordert, ihn zu verprügeln, ja, er hatte selber tüchtig dreingehauen und seinen Faschisten mit dem wehrlosen Einzelnen nach faschistischer Rituale durch Schläge ins Gesicht des Beamten bewiesen. Er wurde dafür feinerzeit wegen leichter Körperlicher Verletzung zu 48 Stunden Arrest verurteilt, diese Strafe wurde ihm in 30 K Geldstrafe bedingt auf ein Jahr umgewandelt. Herr Bobuda war mit diesem milden Strafmaß unzufrieden. Eine Berufung laun das Hofrechtsgericht nicht, weshalb verurteilten, Jüngern, die den Vorfall „anders“ sehen, werden sich vielleicht auch in der Zwischenzeit zwischen den tatsächlichen Ritten aufstellen lassen. Herr JUDr. Dusek, der große Politiker aus dem Faschisten-Verständnis, wird die Verteidigung übernehmen und die Sache wird vor einem einsichtigen Gerichtshof diesmal mit einem Freispruch enden. So hatte Herr Bobuda kalkuliert, aber die Rechnung war falsch. Das Gericht, ein Treibschere unter dem Vorsitz des OLGm. Cervenka, bestätigte das Urteil erster Instanz und verurteilte ihn noch zum Kostenersatz von K 120— der Verteidigung des Beamten, der von einem weiblichen Advokaten, Frau JUDr. Marie Blahova, recht gut vertreten wurde.

Kreibich in Mähr.-Trübau.

Da es für die Kommunisten unerträglich ist, auch nur einen einzigen Ort von ihren verbotenen Spaltungsversuchen verschont zu lassen, gingen sie auch nach Mähr.-Trübau, wo die Arbeiterbewegung bisher ungepöbelte war und in ihrer Einigkeit eine achtunggebende Position innegehabt hatte. Mit dem ironischen Geschick, in das Mähr.-Trübau der Proletariat den Keil der Spaltung hineinzutreiben, wurde der Abgeordnete Kreibich betraut. Aber es kam wohl sehr schon gesagt werden, daß das freie Beginnen mihlung ist. Die am 21. im Sanktaale abgehaltene Versammlung war zwar massenhaft besucht, aber — von Sozialdemokraten. Gegen eine von sozialdemokratische Seite eingebrachte Resolution, die gegen die Spaltungsbestrebungen Stellung nimmt, wurde von kaum drei Dutzend gestimmt, in welcher Zahl auch schon die auf den Arbeit innerhalb der Arbeiterbewegung hoffenden und schaffenden Rationalsozialisten inbegriffen waren. Der Verlauf der Versammlung war im ganzen ein ruhiger. Der Einbringer — der bekannte kommunistische Sekretär Bostupatsch — beschwor in seinen Begrüßungsworten die Anwesenden höchst überflüßigerweise, man möge die Versammlung nicht sprengen. Daran hatte natürlich niemand gedacht, die Sprengung mag nur im Wunsch des Herrn Bostupatsch gelegen haben, dem die große Zahl sozialdemokratischer Zuhörer beim Referat eines kommunistischen Redners begriffliches Unbehagen verursachte. Die Sozialdemokraten befanden nicht einmal auf der Wahl eines ihnen genehmen Vorsitzenden, um der Versammlung alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen. Dann sprach Abg. Kreibich über die weltwirtschaftliche Situation und über den deutschen Aktivismus. Sehr kurz, sehr milde, beinahe — man kann es nicht anders bezeichnen — „sozialdemokratisch“. Kritik der früheren Rationalpolitik, Angriffe auf die Aktivisten, über die antioziale Wirtschaft, Finanz- und Steuerpolitik der Regierung. Sein Wort gegen die deutsche Sozialdemokratie, kein Wort von den „Verdiensten“ der Kommunisten. Kommunistisch war bloß die Einleitung, in der die falsche Theorie der Kommunisten von den objektiven Voraussetzungen zur sozialistischen Weltrevolution nach Kriegsende vorgetragen wurde. Aber auch der Einheitsfrontparasit ging Abg. Kreibich vornehmlich aus dem Wege, selbst das Wort verriet er. Nur zur Förderung einer parlamentarischen Oppositionsfront schwang sich sein weltrevolutionärer Mut auf. Auch über Rußland sprach er nicht, wenn man von der fähigen Behauptung absieht, daß dort allein neben den objektiven Voraussetzungen der sozialistischen Revolution auch die subjektiven vorhanden waren und verstanden wurden. Kurz Kreibichs Referat war eine überraschende Enttäuschung. Ihm erwiderte Senator Sen. Polach. Er zerprügte die kommunistische Geschichtswissenschaft von den objektiven Voraussetzungen des kapitalistischen Zusammenbruchs nach Kriegsende, vom Verfall der Sozialdemokratie, wies den von Tag zu Tag wachsenden Widerspruch zwischen der bolschewistischen Doktrin und der realen Entwicklung Rußlands und deren Spiegelung in der Politik der Dritten Internationale und Rußlands selbst nach. Genosse Polach schilderte dann die Tätigkeit der tschechoslowakischen Kommunisten und insbesondere des Abg. Kreibich, ihre verwerfliche Tätigkeit in politischer und gewerkschaftlicher Beziehung, ihre Bekämpfung der Sozialdemokratie. An der Schilderung des wirtschaftlichen Lage, der politischen Rechtslosigkeit, der Einschränkung der Freiheit der russischen Arbeiter zeigte er, wie wenig diese Verhältnisse dem sozialistischen Ideal entsprechen, wie wenig sie geeignet seien, für das sozialistisch weisere Proletariat einen erstrebenswerten Zustand darzustellen. Dann sprach er von den Revolution und Spaltungen im Lager des Kommunismus, von der Brutalität, mit der die jeweils zur Herrschaft kommende Gruppe die andere abtut. Daß Sowjetruß, Trotski u. o. aus den mächtigsten Führern der Internationale zu „revolutionären Phrasendreschern“ und „politisch

urteilslosen Abenteurern“ degradiert werden, daß für sie Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit aufgehoben werde und daß nach Moskauer Vorbild und Befehl den kommunistischen Führern auch anderswo, auch in der Tschechoslowakei, das politische Schicksal bestimmt werde, kennzeichnet den Bolschewismus. Für weissen Kommunismus wolle man das Proletariat zur „Einheitsfront“ führen? Kreibich oder Neurath? Polach sprach dann über die Unfruchtbarkeit der kommunistischen Politik auf parlamentarischem Boden und schloß seine Ausführungen mit einem leidenschaftlichen Appell an die Genossen, die sozialdemokratische Einheit und Geschlossenheit zu bewahren und alle kommunistischen Spaltungsversuche entschieden abzuwehren. In ähnlichem Sinne sprachen die Genossen Friedl und König. Im Schlußworte ward Abg. Kreibich des trockenen Tones kalt. Aber was er zur Rechtfertigung der Spaltungen, zur Entschuldigung für die Haltung kommunistischer Führer durch den obersten kommunistischen Rat (Polachs „Vorsichtsrat“ durch Katerin“ nannte er „eine Gemeinheit“) vorbrachte, konnte auf die Zuhörer nur komisch wirken. Auch die Retournellen von den verchiedenen Richtungen bei den Sozialdemokraten waren durchwegs vernünftig, ebenso die Versuche, die Gründung roter Gewerkschaften der Antierdamer Gewerkschafts-Internationale aufzulösen. Ebenso mißlang das Plaidoyer für Rußlands sozialistische Politik. Zum Mißlingen des Versuches, die gut sozialistische Arbeiterbewegung Mähr.-Trübaus auf kommunistische Irrwege zu locken, hat Herr Kreibichs Referat und Schlußrede wesentlich und ausschlaggebend beigetragen. Des Sekretärs Bostupatsch Stimmwortschach, am Schluß noch eine Verleumdung von Sozialdemokraten in die Versammlung hineinzuschleudern, war eine überflüssige kommunistische Wehrleistung.

Literatur.

Zehntes Abdruckheft der „Schönheit“ Verlag der Schönheit, Dresden A 24. Das System der Sonderhefte, das die meisten literarischen Zeitschriften angegriffen haben, bewährt sich auch bei der „Schönheit“. Jedes Heft bildet so in Text und Bildschmuck ein geschlossenes Ganzes, dem der Wert eines vornehmen Buches verliehen werden muß. Das zehnte Abdruckheft ist K. Müller gewidmet, einer der interessantesten Erscheinungen in der zeitgenössischen Kunst der Gegenwart. Der Meister kommt selbst zu Worte; er schildert in einem Aufsatz seine Lehrweise, in einem zweiten die von ihm begründete Methode der psycho-physiologischen Meinungsänderungen. Glücklich zeigt auf, wie der gesprochene oder gedruckte Text durch ungestörte Gesichtsbildung im Körper schafft und wie das Gemüt durch Sprech- und Gesangsübungen in diesen Sinne geführt und beeinflusst werden kann. Es wäre zu wünschen, daß endlich auch die Pädagogen vom Joch von diesen modernen Lehren Kenntnis nähmen und sie zum Gemeingut der Erziehungsliebe machten. Hervorzuheben ist ein Aufsatz Dr. Vogels über Rhythmik und Gymnastik zur Verhütung und Heilung der Tuberkulose, der unserer Arbeiterbewegung manche wertvolle Anregungen nebenbunte. In kleineren Aufsätzen geht Glucke näher auf Einzelheiten seines Systems ein. Ganz hervorragend schön ist der Bildschmuck des Heftes gelungen. Anschließt der herrlichen Photographien und des vorzüglichen Papiers, das eine effiziente Reproduktion ermöglicht, muß der Preis der Schönheitshäfte (1,50 Mk.) als sehr niedrig bezeichnet werden. Den Turn- und Sportvereinen ist das Abonnement dieser künstlerisch und erzieherisch ausgezeichneten Zeitschrift sehr zu empfehlen.

„Vocoden Kleinpost“ (Einfluss der Dummheit) ist der Titel einer Broschüre aus der Feder des Hünnerferenten P. Böschelabel vom „Bravo Club“, die in äußerst offener Art die letzten Erscheinungen im tschechischen politischen und literarischen Leben behandelt und die nationalistischen Gegereien der unverantwortlichen Elemente rückwärts blickend brandmarkt. Dem Inhalt entnehmen wir: Einfluss der Dummheit. Wozel! Die letzten Säulen der Moral. Der Fall Viktor Novak. „Möchte distinkt“ und Schlußwort. Die geschmackvoll angelegte Broschüre wurde vom Verlag „Dobrá Věc“ in Prag XII, Alsbtrahd 27, im Preise von K 1,00 herausgegeben. Wir werden auf die interessante Schrift noch eingehend zurückkommen.

Bereinsnachrichten.

L. S. „Die Naturfreunde“ Prag. Sonntag, den 28. November: Kostl, Weiser Berg, Elber, General, Prag. Treffort: 11er Uhr Kostl, 10 Uhr. Führer gewählt. — Generalversammlung der Ortsgruppe am Mittwoch, den 1. Dezember im Cafe „Rizzo“. — Wintersport-Sektion der „Naturfreunde“ Prag. Anmeldungen zum Troden-Ski-Kurs am Donnerstag, den 25. November, 7-8 Uhr, im Verein deutscher Arbeiter, Smochagasse, Topon. Veselá, 2. Stock. — Der Verband für Arbeiter-Wintersport-Touristik veranstaltet am Dienstag, den 30. November, um halb 8 Uhr abends, im „Edovyn ein“, Saal der Veselá, einen öffentlichen Licht-Bilder-Vortrag nebst Film über den Ski-Sport. Die Mitglieder der „Naturfreunde“ und des Arbeiter-Turnvereins sind dazu eingeladen.

Genossen! Traget bei jeder Gelegenheit Euer Parteiabzeichen!

Handarbeiten Kochrezepte Geschichten Hausmittel Ratschläge Märchen Bilder Rätsel Witze usw. bringt die „Schicht-Post“, die man gratis zu jedem Kilo Schicht-Markenwaren in jedem einschlägigem Geschäfte erhält. Verlangen Sie, wenn Sie von nachstehenden Waren, einzeln oder zusammen, 1 kg kaufen eine Nummer der „Schicht-Post“. Zu 2 kg zwei Nummern! Schicht-Markenwaren sind: Hirschseife, Terpentinseife, Frauenlob, Schwanseife, Schwanseifenfloeken, Ominol, Ceres, Visan und Rita-Margarine. Die Auflage der „Schicht-Post“ ist 2 Millionen.

Schicht-Post Gratis zu jedem Kilo Schicht-Ware.

Kunst und Willen.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Donnerstag, 7 1/2 Uhr: „Jenuša“ (M-3). Freitag, 7 1/2 Uhr: „Der große Bluff“ (M-1). — Samstag, 7 1/2 Uhr, Festvorstellung zugunsten des Deutschen Theatervereins: Ensembleoperaspiel des Wiener Staatsoperballetts. — Sonntag, 11 Uhr: Komödie: 10 Uhr, Arbeitnehmerspiel, Galtl. Coop. Kramer: „Kaidan der Welts“; 1 Uhr, Uraufführung: „Ich und Du“. — Montag, 7 1/2 Uhr, Beethoven-Fest: Philharmonisches Konzert. Spielplan der Meinen Bühne. Donnerstag Galtl. Coop. Kramer: „Der Gatte des Frau-letts“. — Freitag, Kulturverbandvorstellung, Galtl. Coop. Kramer: „Frau Warents Gewerbe“. — Samstag: „Reiner Tisch“. — Sonntag, 8 Uhr: „Kopf oder Schwanz“. 7 1/2 Uhr, Uraufführung: „College Crampyon“. — Montag Bankkassenthorheit: „Der große Bluff“.

Turnen und Sport.

Arbeiterport. „Gleichheit“ Weiskirchlich gegen A. S. R. Archiwitz 3:5 (1:2). Diesmal gelang es den Archiwitzern, einen verdienten Sieg über Weiskirchlich davon zu tragen und die letzte erdittene Niederlage wieder wegzumachen. Dazu spielte Archiwitz noch mit Erjay und Weiskirchlich in kompletter Aufstellung. Ist auch das Resultat dem Spiel entsprechend nicht ganz richtig, so sprechen doch Tatsachen dafür, daß Archiwitz verdient gewonnen hat. Sie brachten vor allem etwas mit, was „Gleichheit“ in letzter Zeit gänzlich verloren hat. Siegestwille und Aufspielung. Schon dieses machte das Was des Resultates aus. Des weiteren legten sie sich ein sehr zweckmäßiges System zurecht. Schnelle Angriffe ohne Rücksichten und Schutz bei jeder sich bietenden Gelegenheit. Schon die ersten fünf Minuten luden sie mit zwei Treffern im Vorsprung, welchen sie auch sehr geschickt und zäh zu halten wußten. Die Weiskirchlicher Mannschaft, durch diese Ueberwältigung sichtlich deprimiert, findet sich nicht zusammen. Jedem legen noch einige Spieler eine bewundernswürdige Gleichgültigkeit zur Schau, so daß eine einheitliche Leistung nicht zustande kommen konnte. Nach Halbzeit gelang es Archiwitz, in kurzen Zeitabschnitten noch drei Treffer vorzuliegen. Jetzt erst rafft sich Weiskirchlich auf und zeigt ein schönes Angriffs-spiel. Zwei Tore werden aufgeholt und schöne Chancen verfehlt. Das traditionelle Schlußspiel der Stürmerreihe stellte sich auch hier wieder ein. Zur Kritik der Mannschaft wäre zu bemerken, daß Archiwitz als Ganzes eine sehr gute Leistung bot. Ihre besten Leute fanden im Galtl, Mittelstürmer und linker Verteidiger. Bei Weiskirchlich die Verteidigung, Karli und Goltz gut. Die fünf Tore fallen zum größten Teil dem Torwart zur Last, der einen sehr

schlechten Tag hatte. Die Haifreie kam erst nach Halbzeit in Schwung, während die Stürmerreihe überhaupt nicht mehr in Schwung zu bringen ist. Es mangelt vor allem am Torhüter und an Energie. Schiedsrichter Witzgen sehr gut.

A. S. R. Pibanten 1a gegen Schallan 1a 8:0 (Eden 11:3). Ein schönes, aber etwas zu scharfes Spiel, welches A. R. Schallan mit zehn Mann austrug. Pibanten, sehr überlegen, kann in der letzten Minute den ersten Treffer erzielen. Die Gäste verließen nun ihrerseits, dem Tor der Gastgeber gefährlich zu werden, was aber an der prüfenden Wintermannschaft scheitert. Pibanten kann in der 19. und in der 44. Minute vor Galtl das Resultat auf 3:0 erhöhen. Nach Halbzeit kann A. R. Schallan nicht verhindern, daß Pibanten, welche nun fast händig das Tor der Gäste belagern, in der 20., 22., 28., 38. und 40. Minute erfolgreich ist. Dem Torwart der Gäste trifft an der Niederlage keine Schuld Tore erzielen Jelski (2), Waier (1), Krieger (2), Worel (2), Lajo (1). Schiedsrichter Nepo-Rudmantel gut. Einigen Mitgliedern des Deutschen Sportsklubs Pibanten möchten wir anraten, die Spieler nicht durch fortwährendes Schreien und Jurnen zu stören, da wir sonst gezwungen wären, diese Kadaverbiter vom Platz zu weisen.

B. R. „Gleichheit“ Ledowit 1a gegen A. S. „Gedwig“ Dux 1a am 21. November in Ledowit 1:5 (1:3). „Gleichheit“ mit zwei Ergänzungen, weicht bei weitem nicht den Toren ausfüllen. Das Spiel war sehr lebhaft von beiden Seiten geführt: durch das Fehlen des Mittelstürmers fand sich der Sturm nicht zusammen. Viele Chancen wurden verpasst. Auch hier machte der Schiedsrichter eine grobe Fehlentscheidung und es ist bedauerlich, wenn der Torrichter solche Angaben macht und damit seine Einseitigkeit bekundet. Durch diesen Vorfall ist „Gleichheit“ etwas entmutigt und konnte außer zwei Toren nichts errischen. Dux konnte noch in der zweiten Halbzeit zwei Tore, davon wird ebenfalls ein angezweifelt, anholen. Zu erwähnen ist noch das unparteiische Verhalten von Seiten des Lager-Baldrechten Tomy-ehemaliger „Gleichheit“-Spieler. Beide Mannschaften waren befreit, das Spiel ruhig zu Ende zu führen. Dux spielte mit derselben Aufstellung wie am Vortage und zeigte zeitweise gute Leistungen. Dem Erjaymann Dank für „Gleichheit“ wäre zu empfehlen, mehr zu lauten und weniger zu sprechen. Schiedsrichter Gänther-Dux bis auf die Fehlentscheidungen unschuldig.

„Victoria“ Jukmantel gegen „Union“ Teplitz 5:2. Deutsch-russische Aderweitskämpfe? Die Sparrenbesetzung der Armin Kuberer und Kauschauer im 1. Kreis des Arbeiter-Turn- und Sportsklub hat einen Antrag angenommen, wonach der tschechische Ausschuss beauftragt wird, beim Landesvorstand zu beantragen, daß zur nächsthörigen Reportage die russischen Kuberer eingeladen werden. Herausgeber Dr. Ludwig Gsch. Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Kitzner. Für den Druck verantwortlich: O. Hottel. Druck: Deutsche Zeitungs-K.G., Prag.